

MSG Moderne Stadtgeschichte, Bd. 49/1 (2018), 84-107

DOI: 10.60684/msg.v49i1.2018108

Dieter Schott
TU Darmstadt

Die Heimatfront halten! Die schwierigen Aufgaben der Städte im Krieg

MSG Moderne Stadtgeschichte
ISSN: 2941-6159 online
<https://moderne-stadtgeschichte.de>

Dieses Werk steht unter der [Lizenz Creative Commons Namensnennung 4.0 International](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/).

Bei den Abbildungen sind eingeschränkte Lizenzformen möglich, Weiternutzungsrechte sind gesondert abzuklären.

© Dieter Schott 2018



Dieter Schott

Die Heimatfront halten! Die schwierigen Aufgaben der Städte im Krieg

The paper asks, how smaller German cities in the South West of Germany (Freiburg i.B. and Darmstadt) coped with the challenges faced by German cities in World War One. It starts with an exploration on the dimension of ‚experiencing the war‘ in European cities more generally and comes to the conclusion, that war brought about a cultural regression, that cities had to reintroduce more rural elements. In the second part the focus is on demonstrating the multitude of ways how cities attempted to mobilise for the war effort and how they tried, often not totally successful, to cope with shortages and problems in terms of provisioning their population. The paper finally contends, that the cities were overcharged by the complexities of administrative confusion and a lack of actual executive powers and thus suffered an erosion of legitimacy due to their lack of performance.

1. Städte im Ersten Weltkrieg: Einführung¹

Freiburgs dunkelster Tag im Ersten Weltkrieg war der 14. April 1917. Zur Vergeltung für die Versenkung eines britischen Lazarettsschiffs durch ein deutsches U-Boot griffen elf britische Flugzeuge Freiburg an. Besonders schwerer Schaden entstand bei der Firma Gebrüder Himmelsbach in der Unterstadt sowie in der Anatomischen Klinik der Universität, die mitsamt wertvollen Sammlungen vollständig zerstört wurde. An diesem Tag kamen zwölf Menschen ums Leben, ein Drittel der gesamten Sachschäden während der vierjährigen Kriegszeit entstand am 14. April.² Insgesamt starben im Ersten Weltkrieg in Freiburg

¹ Der Verfasser dankt Birte Förster, Sebastian Haumann, Sina Keesser und Clemens Zimmermann für hilfreiche Kommentare zu früheren Fassungen des Aufsatzes.

² Vgl. Roger Chickering, Freiburg im Ersten Weltkrieg. Totaler Krieg und städtischer Alltag 1914-1918, Paderborn u.a. 2009, S. 100; vgl. zu den psychologischen Wirkungen der Luftangriffe auf Freiburg auch Christian Geinitz, Kriegsfurcht und Kampfbereitschaft. Das Augusterlebnis in Freiburg. Eine Studie zum Kriegsbeginn 1914 [Kap. 7, Als die Franzosen wirklich kamen... Die Luftangriffe auf Freiburg im Ersten Weltkrieg], Essen 1998, S. 351-406.

31 Menschen infolge von Luftangriffen, 100 wurden verwundet. Freiburg im Breisgau hatte mit seinen damals knapp 80.000 Einwohnern infolge seiner Nähe zur Front damit mehr Angriffe auszuhalten als jede andere deutsche Stadt. Die Luftangriffe, eine für die Zeitgenossen ganz neue Form der Kriegsführung, verbreiteten Angst und Schrecken, zumal keine wirksame Gegenwehr entwickelt werden konnte. Allerdings spielen Bombardierungen von Städten in der heutigen historischen Erinnerung an den Ersten Weltkrieg kaum eine Rolle, weil die ungleich verlustreicheren Angriffe im Zweiten Weltkrieg die Erinnerung an die Angriffe im Ersten Weltkrieg vollständig überschrieben haben.

Freiburg ist aus geschichtswissenschaftlicher Sicht jedoch nicht nur interessant, weil anhand der badischen Stadt neue Formen der Kriegsführung sichtbar wurden. Zu Freiburg liegt auch die beste historische Aufarbeitung zur Geschichte einer deutschen Stadt im Ersten Weltkrieg vor, die Studie „Freiburg im Ersten Weltkrieg. Totaler Krieg und städtischer Alltag 1914-1918“ des amerikanischen Historikers Roger Chickering. Chickering gelingt es hervorragend, die Herausforderung einer bürgerlich geprägten, eher idyllischen Universitäts- und Pensionärsstadt durch den Weltkrieg zu verdeutlichen. Es war in Freiburg, eine Stadt die eine Metropolfunktion für die südbadische Region ausübte, im Weltkrieg gerade nicht besonders dramatisch, verglichen etwa mit der Situation in Berlin, Hamburg oder in den großen Industriestädten des Ruhrgebiets. Ziel dieses Beitrags ist es zu fragen, welche Aufgaben und Herausforderungen insbesondere auf mittlere deutsche Städte abseits der großen Industrieregionen, bevölkerungsmäßig an der Schwelle zur Großstadt, im Ersten Weltkrieg zukamen und wie sie versuchten, diese zu bewältigen.³ Hintergrund ist dabei der Charakter der deutschen Städte als ‚Leistungsverwaltungen‘, der sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in der Auseinandersetzung mit den Problemen rapider Industrialisierung und Urbanisierung herausgebildet hatte. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts – als Merkzeichen wird häufig die Städteausstellung von Dresden 1903 genutzt⁴ – standen die deutschen Städte und ihre Verwaltungen auf dem Höhepunkt ihres Selbstbewusstseins und ihrer Leistungsfähig-

³ Um 1910 lebten 13,4% der deutschen Bevölkerung in den 223 Städten zwischen 20.000 und 100.000 Einwohnern, vgl. Jürgen Reulecke, Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, Frankfurt a.M. 1985, S. 202 (Tab. 2).

⁴ Vgl. Robert Wuttke (Hrsg.), Die deutschen Städte: geschildert nach den Ergebnissen der ersten deutschen Städte-Ausstellung zu Dresden 1903, Leipzig 1904.

keit.⁵ Sie galten in dieser Phase international als Vorbilder⁶ und es war ihnen recht erfolgreich gelungen, die hygienischen Problemlagen der Industrialisierungsperiode in den Griff zu bekommen und im zunächst chaotischen Urbanisierungsprozess, mithilfe der sich entwickelnden Stadtplanung aber auch von Instrumenten wie einer proaktiven städtischen Boden- und Nahverkehrspolitik, die Schwerpunkte von Stadtentwicklung wesentlich zu beeinflussen. Zweitens, und damit soll begonnen werden, will der Beitrag verdeutlichen, wie und in welcher Weise sich das städtische Alltagsleben im und durch den Ersten Weltkrieg veränderte, also die Erfahrungsdimension des Ersten Weltkriegs an der städtischen Heimatfront rekonstruieren. Es werden neben Impressionen aus den europäischen Metropolen in erster Linie Beispiele aus Freiburg sowie aus der hessischen Haupt- und Residenzstadt Darmstadt⁷ herangezogen, womit Städte eher tertiärer Prägung im Südwesten des Reiches mit ausgeprägt zentralörtlicher Funktion im Fokus stehen, wo sich Mangel- und Hungererfahrungen nicht ganz so massenhaft artikulierten, wie in Berlin⁸ und den Ruhrgebietsstädten. Wie gezeigt werden wird, prägten sie allerdings auch in diesen

⁵ Vgl. Reulecke, Urbanisierung; Wolfgang R. Krabbe, Kommunalpolitik und Industrialisierung. Die Entfaltung der städtischen Leistungsverwaltung im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Fallstudien zu Dortmund und Münster, Stuttgart u.a. 1985; mit Fokus auf Energie- und Nahverkehrstechnologien Dieter Schott, Die Vernetzung der Stadt. Kommunale Energiepolitik, öffentlicher Nahverkehr und die „Produktion“ der modernen Stadt. Darmstadt – Mannheim – Mainz 1880-1918, Darmstadt 1999; in europäischer Perspektive Friedrich Lenger, Metropolen der Moderne. Eine europäische Stadtgeschichte seit 1850, München 2013.

⁶ Zur Vorbildrolle deutscher Stadtverwaltungen vgl. Dieter Schott, Die Stadt als Thema und Medium europäischer Kommunikation. Stadtplanung als Resultat europäischer Lernprozesse, in: Ralf Roth (Hrsg.), Städte im europäischen Raum. Verkehr, Kommunikation und Urbanität im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2009, S. 205-225, hier S. 213f. mit weiteren Verweisen.

⁷ Die Hauptstadt und Residenz des hessischen Großherzogs hatte 1910 87.200 Einwohner. Der Verfasser hat sich in seiner Habilitationsschrift ‚Vernetzung der Stadt‘ mit der Stadtentwicklung Darmstadts im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert befasst. Zudem liegen mehrere jüngere Veröffentlichungen des Stadtarchivars zu ‚Darmstadt im Ersten Weltkrieg‘ vor, vgl. Peter Engels, Die Residenzstadt Darmstadt im Ersten Weltkrieg, in: Ders. (Red.), Residenz, Festung, Kurstadt 1914 - 1918: Darmstadt, Mainz und Wiesbaden im Ersten Weltkrieg; eine Ausstellung der Stadtarchive Darmstadt, Mainz und Wiesbaden zum 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkriegs, Darmstadt 2014, S. 8-37; Peter Engels, Die südheissische Wirtschaft im Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik (1914-1933), in: Ulrich Eisenbach (Hrsg.), Von den Anfängen der Industrialisierung zur Engineering Region – 150 Jahre IHK Darmstadt Rhein Main Neckar, Darmstadt 2012, S. 103-136.

⁸ Vgl. zur Problematik der Lebensmittelversorgung in Berlin etwa Belinda Davis, Home Fires Burning. Food, Politics and Everyday Life in World War I Berlin, Chapel Hill/ London 2000.

Städten fundamental den Kriegsalldag.⁹

Der Erste Weltkrieg war der letzte moderne Krieg, in dem – trotz des neuen Elements der vom Schadensausmaß noch wenig wirksamen Luftangriffe – noch einigermaßen klar zwischen ‚Front‘ als Ort der unmittelbaren militärischen Auseinandersetzung und ‚Heimat‘ als frontfernem Raum unterschieden werden konnte. Allerdings wurden Städte im Ersten Weltkrieg ebenfalls ideologisch Teil der ‚Front‘ als ‚Heimatfront‘¹⁰, ein als Produkt der zeitgenössischen Kriegspropaganda entstandener Begriff, weil die Städte zunehmend direkt und unmittelbar in den Prozess der Mobilisierung aller Ressourcen einbezogen wurden, der für den Ersten Weltkrieg charakteristisch wurde.¹¹ Im Sommer 1914 dominierte noch die Erwartung eines kurzen und heftigen Schlagabtauschs mit schneller Entscheidung – das berühmte „An Weihnachten sind wir wieder zu Hause“ ist dafür kennzeichnend –, aber ab Herbst gruben sich die Truppen auf beiden Seiten der Westfront in zunehmend verästelte Graben- und Befestigungssysteme ein. Der Krieg wurde zum Abnutzungskrieg, zur Materialschlacht, in der die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der kriegführenden Staaten eine letztlich entscheidende Rolle spielte.¹² Und weil diese wirtschaftliche Leistungsfähigkeit vor allem in den Städten und der städtischen Industrie verkörpert war, wurde es ab 1915 in zunehmendem Maße zur wesentlichen Aufgabe der Städte und ihrer Bevölkerungen, die ‚Heimatfront‘ zu halten.

Städte und ihre Einwohner mussten einmal dafür sorgen, den für die Bedürfnisse der kämpfenden Truppe notwendigen Nachschub an Waffen, Munition und Mannschaften bereitzustellen. Gleichzeitig mussten sie aber auch die Bedürfnisse der (verbliebenen) städtischen Bevölkerung an Lebensmitteln und

⁹ Einen ähnlichen Fokus, nicht nur die Metropolen zu thematisieren, verfolgt der kürzlich erschienene Konferenzband ‚Städte im Krieg – Erlebnis, Inszenierung und Erinnerung des Ersten Weltkriegs‘, hrsg. von Ernst-Otto Bräunche und Stephan Sander-Faes, Ostfildern 2016.

¹⁰ Vgl. Gerd Krumeich, *Kriegsfront – Heimatfront*, in: Gerhard Hirschfeld u.a. (Hrsg.), *Kriegserfahrungen. Studien zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte des Ersten Weltkriegs*, Essen 1997, S. 12-19.

¹¹ Die Wirtschaftsstruktur von Städten, ihre Relevanz für die Kriegswirtschaft (Anteil von Schwerindustrie) hatte zwar wesentlichen Einfluss darauf, ob Städte – wie z. B. Essen oder Köln – zu den (demographischen) Kriegsgewinnern gehörten oder, wie Verwaltungsstädte wie Münster oder Universitätsstädte wie Freiburg eher Bevölkerung verloren. Eine Mobilisierung für den Krieg fand jedoch in jedem Fall statt, nur der Erfolg (im quantitativ-demographischen Sinn) solcher Mobilisierung war je nach Wirtschaftsstruktur der Stadt und Qualifikationsstruktur der Bevölkerung unterschiedlich, vgl. Thomas Mergel, *Stressgesellschaften. Europäische Städte im Ersten Weltkrieg*, in: *Geschichte in Köln*, Bd. 61, 2014, S. 185-205, hier S. 195.

¹² Vgl. zum Ersten Weltkrieg als Materialschlacht Jörn Leonhard, *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs*, München ³2014, v.a. S. 146-220 u. 294-306.

Gütern des täglichen Bedarfs zumindest im Wesentlichen befriedigen, wollte man nicht die Leistungsfähigkeit und Durchhaltebereitschaft dieser ‚Heimatfront‘ ernstlich und substanzgefährdend untergraben. Diese doppelte Aufgabe führte auf Dauer zu einer strukturellen Überforderung der deutschen Städte; die Erfüllung der Aufgabe war extrem schwierig!

Zunächst soll kurz skizziert werden, wie der Krieg an der Heimatfront erlebt wurde, wie er das Alltagsleben der Städte veränderte. Danach wird gezeigt, wie die Bevölkerung an der Heimatfront propagandistisch mobilisiert wurde, um dann ausführlicher auf das *Organisieren* der Heimatfront durch die Städte einzugehen. Abschließend wird reflektiert, inwieweit es den hier näher untersuchten Städten gelang, die Heimatfront zu halten und wo die Städte bei Ende des Krieges standen.

2. Den Krieg erleben an der Heimatfront

Wie wurde der Krieg also erlebt, was veränderte sich für die Bevölkerung einer Stadt? Zunächst veränderte sich die Bevölkerungsstruktur vieler Städte signifikant: Durch die Einberufung der kriegsdienstpflichtigen Männer verschwand ein erheblicher Teil der jungen Männer zwischen 18 und 40 Jahren aus den Städten. Die städtische Bevölkerung wurde in ihrer geschlechts- wie auch altersmäßigen Zusammensetzung massiv verändert – die Städte wurden weiblicher und älter.¹³ In Freiburg waren im Jahr 1916 64% der zivilen Bevölkerung Frauen¹⁴ und diese Frauen wurden im Straßenbild und im öffentlichen Raum sehr viel sichtbarer, auch als Arbeitskräfte. Sie übernahmen zunehmend bislang Männern vorbehaltene Tätigkeiten wie Straßenbahnfahren, ersetzten aber immer stärker auch männliche Arbeiter, insbesondere in Betrieben, die für Rüstungsbedarf arbeiteten.¹⁵

Aus den Städten verschwanden aber nicht nur die jungen Männer, sondern auch ein sehr großer Anteil der Pferde. Im Ersten Weltkrieg waren neben den Soldaten von allen Kriegsparteien auch rund 16 Millionen Pferde für Transportzwecke eingesetzt, von denen acht Millionen ums Leben kamen. Im deutschen Heer starben rund eine Million, etwa zwei Drittel der eingesetzten Pfer-

¹³ Vgl. Mergel, Stressgesellschaften, S. 193; Emmanuelle Cronier, The Street, in: Jay Winter/Jean-Louis Robert (Hrsg.): *Capital Cities at War*. Paris, London, Berlin 1914-1919, Bd. II: A Cultural History, Cambridge 2007, S. 57-104, hier S. 87-93.

¹⁴ Vgl. Chickering, Freiburg, S. 242.

¹⁵ Vgl. zur Situation von Frauen in der Kriegsgesellschaft Ute Daniel, Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft. Beruf, Familie und Politik im Ersten Weltkrieg. Göttingen 1989; mit internationaler Perspektive Diess., Frauen, in: Gerhard Hirschfeld u.a. (Hrsg.), *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*, Paderborn² u.a. 2004, S. 116-134.

de.¹⁶ Diese Pferde waren – der Lkw hatte sich um 1914 noch keineswegs flächendeckend durchgesetzt – zentral für den innerstädtischen Transport gewesen und konnten kaum wirksam ersetzt werden.¹⁷ In Freiburg sank ihre Zahl von über 1.700 vor Kriegsausbruch bis Dezember 1914 auf 1.211; Ende 1917 zogen dann nur noch 409 Pferde, weniger als ein Viertel des Vorkriegsbestands, Güter durch die Stadt.¹⁸ Städte wurden daher ‚verkehrsärmer‘, auch die vor 1914 noch wenigen privaten Autos wurden requiriert oder mangels Treibstoff stillgelegt. Dort wo keine Nahverkehrssysteme wie Straßenbahnen oder in den Metropolen auch schon U- und S-Bahnen zur Verfügung standen, mussten die Städter wieder weitere Wege zu Fuß zurücklegen bzw. sich auf ihr engeres Viertel beschränken.¹⁹

Insgesamt geben viele Quellen Auskunft über eine Art kollektive Regression des Großstadtlebens: Vor 1914 waren die Großstädte, vor allem die europäischen Hauptstädte und ihr Straßenleben, Symbole für Modernität, Lichterflut und einer nie dagewesenen Vielfalt an Unterhaltung und Zerstreuung gewesen.²⁰ Im Krieg veränderte sich dies tiefgreifend: Nach der sehr turbulenten Mobilisierungsphase im August 1914 machte sich ein deutlich reduziertes Verkehrsaufkommen bemerkbar. Viele Beobachter hatten den Eindruck, die Großstädte kehrten zu Zuständen des 19. Jahrhunderts zurück.

Dies bezog sich auch auf den Stand der nächtlichen Beleuchtung. „In ganz Europa gehen die Lichter aus; wir alle werden sie in unserem Leben nie wieder leuchten sehen“ hatte am 3. August 1914 der britische Außenminister Edward Grey zu einem Freund gesagt.²¹ Auch wenn Grey dies eher symbolisch gemeint haben dürfte, gingen tatsächlich an vielen Orten die Lichter aus, einmal aus Angst vor Luftangriffen. In Paris führte dies dazu, dass in der ‚Stadt der Lichter‘ in einem Radius von zwei Kilometern um den Eiffelturm abends nach 22 Uhr alle Straßenlampen abgeschaltet wurden. In der zweiten Kriegshälfte zwang dann zusätzlich die immer schwierigere Kohleversorgung insbesondere bei den Mittelmächten, aber auch bei der Entente zu Einschränkungen der Beleuchtung: Die Gaswerke konnten nicht mehr mit ausreichend Brennmaterial beliefert werden und auch die Elektrizitätswerke mussten die Stromabgabe rationieren. In Darmstadt standen im Winter 1916/17 nur 50% der benötigten

¹⁶ Vgl. Ulrich Raulff, *Das letzte Jahrhundert der Pferde. Geschichte einer Trennung*, München 2015, S. 120.

¹⁷ Vgl. zur Bedeutung der Pferde für den innerstädtischen Transport Clay McShane/Joel Tarr, *The Horse in the City. Living Machines in the Nineteenth Century*, Baltimore 2007.

¹⁸ Vgl. Chickering, Freiburg, S. 270.

¹⁹ Vgl. Cronier, Street, S. 58–62.

²⁰ Vgl. Lenger, Metropolen, S. 174–176 u. 205–227.

²¹ Hans Erich Stier, *Deutsche Geschichte – im Rahmen der Weltgeschichte*. Frankfurt a.M. 1959, S. 898.

Kohlenmenge zur Verfügung; im Sommer 1917 wurde die Straßenbeleuchtung, nach vorherigen Kürzungen, dann völlig eingestellt.²² Jedenfalls war es zunächst einmal vorbei mit Lichterflut, Leuchtreklame und vielfältigen optischen Lichtreizen als Kennzeichen der modernen Großstadt.

Eine Regression zeigte sich auch darin, dass das Land, beziehungsweise korrekter die Land-Wirtschaft wachsende Teile der Stadt ‚eroberte‘: Hatte im 19. und frühen 20. Jahrhundert das rasante Stadtwachstum große Mengen Kulturland am Rand der Städte in Straßen, Wohnhäusern oder Fabriken verwandelt, so fand nun eine temporäre ‚Reagrarisierung‘ statt, wurden städtische Parks, Alleen und Sportplätze zu Kriegsgärten und Kriegsfeldern umfunktioniert.²³ An die Stelle gepflegter, der Erholung der Städter dienender Rasenflächen und Blumenrabatten traten Kartoffelfelder und Gemüsebeete. Und diese Form der Umnutzung zeigte sich von den großen Metropolen bis in die kleinen Großstädte. So grasten in Paris auf der noblen Pferderennbahn von Longchamp Kühe, in Köln dienten die Mühlheimer Rheinauen als Weide für die umfangreichen Rinderherden, die der Beigeordnete und spätere Bundeskanzler Konrad Adenauer für die Fleischversorgung der Domstadt erworben hatte.²⁴ Im Ruhrgebiet – ohnehin das Eldorado von Tauben- und Hasenzüchtern – stieg die Zahl der viehhaltenden Haushalte während des Krieges um bis zu 300 Prozent.²⁵ In Freiburg, wo man besonders nachdrücklich die Selbstversorgung mit Lebensmitteln stärkte, richtete die Stadtverwaltung ab 1915 auf dem unbebauten Gebiet zwischen Kernstadt und den Vororten planmäßig ‚Kriegsgärten‘ ein, kleine Parzellen von 10 mal 20 Metern, auf denen Freiburger Familien gegen eine geringe Pachtgebühr Kartoffeln und Gemüse anbauen konnten. Städtische Arbeiter rodeten und pflügten die Flächen und die Stadt versorgte die ‚Kriegsgärtner‘ mit Samen, Wasser sowie Dünger aus den städtischen Ställen auf dem Rieselfeld. Die Anlage von Kriegsgärten war in Freiburg im Hinblick auf die Mobilisierung der Bevölkerung ein großer Erfolg: 1917 gab es 5.750 Kriegsgärten, mehr als ein Viertel der rund 20.000 Freiburger Haushalte kultivierte somit rein rechnerisch einen Kriegsgarten²⁶, und die Stadt konnte die weitere Nachfrage kaum befriedigen. Pro Kopf der Bevölkerung wurde in Freiburg „mehr städtischer Boden landwirtschaftlich genutzt als in jeder anderen Stadt im Reich.“²⁷ Für 1917 wurde der Wert der Ernte aus Freiburger Kriegsgärten auf

²² Vgl. Engels, Residenzstadt, S. 24.

²³ Vgl. Mergel, Stressgesellschaften, S. 194f-.

²⁴ Vgl. Mergel, Stressgesellschaften, 195.

²⁵ Vgl. ebd.

²⁶ Zahl der Haushalte nach Chickering, Freiburg, S. 201.

²⁷ Ebd., S. 177; zur Anlage von Kriegsgärten als internationales Phänomen vgl. Cronier, Street, S. 65.

über eine Million Mark geschätzt. Dennoch konnte sich Freiburg damit natürlich, was die Grundnahrungsmittel anging, nicht von der Lebensmittelzufuhr von außerhalb unabhängig machen, lediglich die Gemüseversorgung wurde erheblich entlastet.²⁸ Auch in Darmstadt wurden in den größten Parks Kriegsgärten angelegt.²⁹

Schließlich veränderte sich auch die Geruchskulisse der Städte: es begann wieder stärker und häufiger zu stinken, einmal weil die Standards der Straßenreinigung und der Müllabfuhr wegen des Mangels an Pferden und Arbeitskräften deutlich reduziert wurden, zum anderen aber auch, weil für die Menschen Körperhygiene schwieriger und aufwendiger wurde: Seife wurde knapp, die öffentlichen Badeanstalten mussten wegen Kohlemangels ihren Betrieb einschränken und das Waschen der Leibwäsche und der Kleidung konnte nur noch in größeren Abständen erfolgen. Soldaten auf Heimaturlaub und in Lazaretten trugen ihre Uniformen, mit denen sie monatelang in durchfeuchteten und mit Fäkalien, Blut und Leichenteilen angefüllten Schützengräben gelegen hatten. Diese Uniformen strömten häufig einen Modergeruch aus, der nur unvollkommen vom Gestank der Desinfektionsmittel überdeckt wurde. Weil die Menschen aber in überfüllten Straßenbahnen und Zügen, in Warteschlangen aller Art näher zusammenrücken mussten, konnte man sich dem unangenehmen Geruch der Mitmenschen und der öffentlichen Räume kaum entziehen.³⁰

Nicht nur die Nase, auch die Augen litten: Die Städte nahmen ein anderes Farbenkleid an, wurden eintöniger und grauer. Dies geschah einmal, weil – in deutschen Städten – das Feldgrau der Soldaten, Fronturlauber und Rekonvaleszenten das Straßenbild prägte. Die Zivilisten passten sich dem zu erheblichen Graden an: Es galt als ‚unpatriotisch‘, in Zeiten des nationalen Überlebenskampfes allzu bunte und modische Kleidung zu tragen; erwartet wurde vielmehr stilistische Nüchternheit und Zurückhaltung. Von daher wurde der Kleidungsstil der städtischen Bevölkerung, trotz der zahlenmäßigen Dominanz von Frauen, grauer, eintöniger als noch zu Friedenszeiten.³¹ Hinzu kam, dass man kaum noch neue Kleidung erwerben konnte, der Großteil der Textilproduktion war auf Heeresbedarf umgestellt. Schließlich stieg mit wachsendem Blutzoll an Gefallenen auch der Anteil der Witwen und Trauernden an der Gesamtbevölkerung, die mit schwarzer Trauerkleidung ihren Status verdeutlichten.

²⁸ Vgl. Chickering, Freiburg, S. 177.

²⁹ Vgl. Engels, Residenzstadt, S. 22.

³⁰ Vgl. Mergel, Stressgesellschaften, S. 194; Cronier, Street, S. 66f.

³¹ Vgl. Mergel, Stressgesellschaften, S. 194.

3. Die Mobilisierung der Heimatfront für den Krieg

Die Städte veränderten sich auch durch die propagandistische Omnipräsenz des Krieges, die für Zwecke der Mobilisierung von Ressourcen im gesellschaftlichen Leben überall sichtbar wurde. Besonders nachdrücklich wurde die Heimatfront mit Plakaten und Veranstaltungen für die Finanzierung des Krieges mobilisiert. Das Deutsche Reich setzte vollkommen auf das Finanzierungsinstrument der Kriegsanleihen, die auch mit fünf Prozent Verzinsung deutlich attraktiver waren als Staatsanleihen und öffentliche Schuldverschreibungen vor dem Krieg. Insgesamt gelang es, durch neun Kriegsanleihen 97 Milliarden Mark zu mobilisieren, die 60% der Kriegskosten des Reiches deckten.³² Das Geld dafür kam nicht nur aus den Vermögen privater Bürger, auch Städte, Vereine und Körperschaften legten ihre aktuell nicht benötigten Gelder in Kriegsanleihen an.³³ Der Staat hatte es aber nicht nur auf das Geldvermögen der Bürger abgesehen, sondern versuchte auch, ihnen in die Schmuckschatulle zu greifen. In intensiv beworbenen und feierlich gestalteten Übergabeaktionen wurden vor allem Frauen des Bürgertums bedrängt, ihren Goldschmuck für den Krieg zu spenden; sie wurden dafür mit eisernen Ketten entschädigt, an denen eine Münze mit der Aufschrift ‚Gold gab ich für Eisen‘ ihre Opfergabe dokumentierte.³⁴

Im Sinne einer öffentlichkeitswirksamen Mobilisierung der Spendenbereitschaft wurden in sehr vielen Städten außerdem große Holzkörper auf zentralen Plätzen aufgestellt, in die Spender eiserne Nägel einschlagen durften, bis die ganze Plastik eisern verhüllt war. In Darmstadt nahm dies die Form eines ‚Kreuz[es] in Eisen‘ an, das im April 1915 vor dem Reiterdenkmal eines früheren Großherzogs auf dem Paradeplatz aufgestellt wurde. Der Großherzog Ernst Ludwig und die Großherzogin Eleonore waren die ersten Spender, die Nägel einschlugen. Nachdem die Vorderseite im November 1915 mit Eisennägeln vollständig bedeckt war, gab man über den Winter die Rückseite des Kreuzes im Hoftheater zur weiteren Benagelung frei. Der Gesamterlös für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene betrug 58.000 Mark.³⁵ In anderen Städten standen mythische Gestalten, vor allem Kriegshelden aus der deutsch-germani-

³² Reinhold Zilch, Kriegsanleihen, in: Hirschfeld, Enzyklopädie, S. 627f., hier S. 628f; zum Zeichnen von Kriegsanleihen in Freiburg Chickering, Freiburg, S. 187-190.

³³ So investierten die Stadt Freiburg, städtische Stiftungen und die Stadtparkasse bei den neun Kriegsanleihen jeweils zwischen 3,3 und 7 Millionen Mark, zwischen 10 und 16% des Gesamterlöses der Kriegsanleihen in Freiburg, vgl. Chickering, S. 188-190, dort auch Angaben zu Vereinen und Universitätsstiftungen.

³⁴ Bild einer solchen Übergabe aus Dieter Schott/ Werner Trapp, Das Konstanz der 20er und 30er Jahre, Konstanz 1985, S. 23.

³⁵ Vgl. Engels, Residenzstadt, S. 20.

schen Geschichte Pate für die Holzkörper. In Wiesbaden konnte man in den deutschen Ur-Recken Siegfried seine Spender-Nägel versenken; das Rote Kreuz organisierte die Aktion und die gespendeten Gelder kamen der Kriegswitwen- und Waisenfürsorge zugute. Passend für das etwas betuchtere Publikum Wiesbadens gab es eiserne, silberne und goldfarbene Nägel im Preis zwischen einer und 300 Mark. Die Spendenaktion erbrachte stolze 2,5 Millionen Mark.³⁶ Auch in Berlin, Hamburg, Mannheim und Braunschweig luden solche Holzfiguren zur demonstrativen Bekundung patriotischer Spendenbereitschaft ein; in Berlin war es ein eiserner, über zwölf Meter hoher Hindenburg, in Hamburg lud die Lokalfigur des ‚Michel‘ zum schlagkräftigen Spenden ein, in Mannheim der Eiserne Roland und in Braunschweig der welfische Lokalmatador Heinrich der Löwe.³⁷

Brachten die ‚Nageldenkmäler‘ den Krieg eher allegorisch in die Stadt, so versuchte die Militärverwaltung, durch Ausstellen von realen Beutewaffen die Kriegsbegeisterung aufrechtzuerhalten. Ab Oktober 1914 waren in Darmstadt feindliche Geschütze vor dem Reiterstandbild Ludwigs IV. und vor dem Landesmuseum ausgestellt und im ersten Kriegsfrühjahr bauten Pioniere in der Nähe des Hauptbahnhofs und auf dem Exerzierplatz einen Schauschützengraben auf, der der Bevölkerung an der Heimatfront einen Eindruck von Aussehen und Aufbau von Schützengräben vermitteln sollte.³⁸ Solche Schau-Demonstrationen dürften allerdings nur wenig mit der Schützengrabenrealität in Flandern oder vor Verdun gemein gehabt haben. In der zweiten Kriegshälfte, als die Begeisterung für und die Anteilnahme am Krieg an der Heimatfront bereits deutlich nachließen³⁹, tourte eine „Deutsche Kriegsausstellung“, die vom Preußischen Kriegsministerium unterstützt wurde, durch deutsche Städte. Die hessische Hauptstadt Darmstadt war immerhin bereits die fünfte Station auf der Tournee dieser Ausstellung. Am Eingang des Residenzschlusses wurden die Besucher mit großen Artilleriegeschossen konfrontiert, in den Schlosshöfen hatte man Geschütze, Flugzeuge, Wagen und Minenwerfer aufgebaut und im ersten Stock des Schlusses wurden Waffen, Uniformen und weitere Ausrüstungsgegenstände gezeigt.⁴⁰

³⁶ Vgl. Dokumentation der Ausstellung „Residenz, Festung, Kurstadt. Darmstadt, Mainz und Wiesbaden im Ersten Weltkrieg“, Red. Peter Engels, Darmstadt 2014, S. 112f.

³⁷ Vgl. Mergel, Stressgesellschaften, S. 198, Martin Krauß, 1914-1918. Im Ersten Weltkrieg, in: Ulrich Nieß/ Michael Caroli (Hrsg.), Geschichte der Stadt Mannheim. Bd. III 1914-2007, Heidelberg/ Ubstadt-Weiher/ Basel 2009, S. 1-49, hier S. 19.

³⁸ Vgl. Engels, Residenz, S. 15.

³⁹ Vgl. etwa Leonhard, Büchse, Kap. V, 3. ‚Hunger und Mangel, Zwang und Protest: die Tektonik der Durchhaltengesellschaften‘, S. 490-524.

⁴⁰ Vgl. Engels, Residenzstadt, S. 16; zur internationalen Präsenz solcher Ausstellungen vgl. Stefan Goebel, Cities, in: Jay Winter (Hrsg.), The Cambridge History of the First World

Für unübersehbare Präsenz des Krieges und seiner Folgen an der Heimatfront sorgten zunehmend auch kriegsverletzte Soldaten, die in den Städten der Heimatfront wieder gesund gepflegt werden sollten. In Darmstadt waren sechzehn Lazarette in allen möglichen Gebäuden der Stadt eingerichtet worden, etwa in der Orangerie, im Jagdschloss Kranichstein und in Gebäuden der TH; außerdem gab es Lazarettbaracken für 1000 Verwundete auf dem Exerzierplatz.⁴¹ Gerade in der Fürsorge für die Verwundeten engagierten sich auch Frauen der lokalen Eliten in besonderer Weise, so die Großherzogin Eleonore oder die Frau des Darmstädter Großunternehmers Willy Merck, Mathilde Merck.⁴²

Viele der leichter Verletzten und Rekonvaleszenten waren in Städten mit Lazaretten unterwegs und so sahen sich nicht nur die Darmstädter täglich mit dem Anblick von Kriegsbeschädigten und Verehrten konfrontiert.⁴³ Bereits im November 1914 hatte sich ein *Landesausschuss für Kriegsbeschädigtenfürsorge* gebildet, der in den Darmstädter Lazaretten Kurse für Verwundete organisierte, um die dauerhaft Beschädigten für andere Berufe auszubilden.⁴⁴

4. Die Heimatfront organisieren

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges hatte es keinerlei detailliertere Planung gegeben wie der Krieg wirtschaftlich zu führen sein würde; man war ja – in Erinnerung an den Krieg von 1870/71 – von einem heftigen, aber kurzen Krieg ausgegangen.⁴⁵ Von daher lagen keine Handlungsanleitungen vor, was Städte und Stadtverwaltungen bei Kriegsausbruch machen sollten und mussten. Die Städte kümmerten sich zunächst um das, was ohnehin von alters her ihre Aufgabe war, die Menschen zu versorgen, die sich wegen Arbeitslosigkeit und körperli-

War, Bd. II: The State, Cambridge 2014, S. 358-381, hier 370f.

⁴¹ Vgl. Engels, Residenzstadt, S. 13f.

⁴² So erhielt der vom evangelischen Oberkonsistorium und dem Verband evangelisch-hessischer Frauenvereine finanzierte Lazarettzug den Namen „O3 Großherzogin von Hessen“, weil die Großherzogin die Schirmherrschaft übernommen hatte, vgl. Engels, Residenzstadt, S. 13; zur Beteiligung von Mathilde Merck an der Pflege von Kriegsverletzten vgl. ihr Tagebuch, in dem etwa im Jahr 1917 fast täglich Arbeitseinsätze auf der Marienhöhe im dortigen Soldatensanatorium vermerkt sind, vgl. Merck-Archiv, Tagebuch Mathilde Merck A-972.

⁴³ Der Anblick von teilweise schwerst verstümmelten und entstellten Kriegsbeschädigten wurde zum wichtigen Thema in der Auseinandersetzung zahlreicher Künstler mit den Kriegsfolgen, vgl. Ingrid Pfeiffer (Hrsg.), Glanz und Elend in der Weimarer Republik, München 2017.

⁴⁴ Vgl. Engels, Residenzstadt, S. 14; vgl. zum gesellschaftlichen Diskurs über Kriegsinvalide Sabine Kienitz, Beschädigte Helden. Kriegsinvalidität und Körperbilder; 1914-1923. Paderborn [u.a.] 2008.

⁴⁵ Vgl. Hans-Peter Ullmann, Kriegswirtschaft, in: Hirschfeld, Enzyklopädie, S. 220-232.

chem oder geistigem Unvermögen nicht selbst unterhalten konnten. Der Kriegsausbruch führte zunächst aufgrund der wirtschaftlichen Desorientierung und Umstrukturierung, unter anderem wegen des Wegfalls der Exportmärkte in den Feindländern, zu erheblicher Arbeitslosigkeit. Zudem entstand neben der klassischen Armenfürsorge das neue Problem der Versorgung von Soldatenfrauen und -familien, die plötzlich durch Einberufung ihres Ernährers beraubt waren. Die Kriegsunterstützung seitens des Reiches reichte meist nicht aus um den Unterhalt der Familie zu sichern, sodass die Städte hier einspringen mussten, wie Takahito Mori kürzlich am Beispiel von Hamburg untersucht hat.⁴⁶ Man war allerdings sehr bemüht, diese Unterstützung vom klassischen System der Armenpflege strikt zu trennen. So gründete der Darmstädter Oberbürgermeister Glässing bald nach Kriegsausbruch einen „städtischen Hauptausschuss für Kriegsfürsorge“, in dem die Tätigkeit verschiedener öffentlicher und privater Organisationen im Rahmen der Kriegswohlfahrt koordiniert wurde.⁴⁷ Vor allem für die zahlreichen Soldatenfrauen mit kleinen Kindern, die nicht ohne weiteres eine Arbeit in einer Fabrik annehmen wollten oder konnten, deren Unterstützung aber für den Lebensunterhalt nicht ausreichte, richtete die Stadt zentrale Arbeitsstätten ein, wo diese Frauen Auftragsarbeiten ausführen konnten. So gab es im damaligen Zentralbad, dessen Becken abgedeckt wurde, einen Nähsaal, wo Uniformen und Heeresbekleidung produziert wurden. Außerdem wurden Gasthaussäle und Turnhallen für diese Zwecke umfunktioniert. Auch in Freiburg schufen die Stadt und Hilfsorganisationen in den ersten Kriegsmonaten solche Arbeitsgelegenheiten für Flick- und Näharbeiten für rund 2000 Frauen.⁴⁸ Als die Lebensmittelknappheit sich 1916 und 1917 verschärfte, beschäftigte die Stadt Darmstadt 200 bis 300 Frauen damit, fast 500 Tonnen Nüsse zu entkernen, um daraus Öl zu gewinnen.⁴⁹ Die ‚Darmstädter Frauenhilfe‘ richtete außerdem mit Unterstützung der Stadt zwei Kriegskinderhorte ein, um Frauen die Gelegenheit zu geben, den Familienunterhalt durch außerhäusliche Erwerbsarbeit zu verdienen. Im Jahr 1916 wurden 1.100 Kinder mit einer Schulspeisung versorgt.⁵⁰

Mit Fortdauer des Krieges wurde es immer stärker zur Hauptaufgabe der Stadtverwaltungen in Deutschland, das ausufernde Bewirtschaftungssystem

⁴⁶ Vgl. Takahito Mori, Die Entwicklung der städtischen Arbeitslosenfürsorge während des Ersten Weltkrieges: Fallstudie zur Hamburgischen Kriegshilfe, in MSG 2/2017, S. 112-132; zur Situation der ‚Kriegerfrauen‘ allgemein vgl. Birthe Kundrus, Kriegerfrauen. Familienpolitik und Geschlechterverhältnisse im Ersten und Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1995, v.a. S. 45-97.

⁴⁷ Vgl. Engels, Residenzstadt, S. 19.

⁴⁸ Vgl. Chickering, Freiburg, S. 117.

⁴⁹ Vgl. Engels, Residenzstadt, S. 9.

⁵⁰ Vgl. ebd., S. 19.

für Nahrungsmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs zu organisieren.⁵¹ 1916 bezeichnete der Kasseler Oberbürgermeister und spätere Reichsinnenminister Erich Koch-Weser den Kampf gegen die Lebensmittelknappheit als „Hauptkampf“ der Städte.⁵² Die Lebensmittelversorgung war grundsätzlich in dieser Form (wieder) eine neue Aufgabe für die Städte. Zwar hatten die Städte seit dem späten Mittelalter in ihren Kornhäusern Vorsorge vor allem gegen Mangel an Getreide getroffen, auch im Hinblick auf Belagerungen.⁵³ Und auch die umfangreichen Viehtriebe, mit denen die Fleischversorgung gerade der größeren europäischen Städte in der frühen Neuzeit gesichert worden war, war häufig auch von Stadtverwaltungen finanziert und organisiert worden.⁵⁴ Im 19. Jahrhundert verschwand diese Funktion der Städte als ‚Nahrungsspeicher‘ und -Organisator aber weitgehend. Die Produktivitätsverbesserungen der Landwirtschaft, die Herausbildung eines effizienten Transportsystems mit Eisenbahn und Binnenschifffahrt sowie die Möglichkeit, bei lokalen Ernteaussfällen große Mengen an Nahrungsmitteln oder Futter aus anderen europäischen Ländern oder aus Übersee zu importieren, machten eine solche städtische Vorratshaltung unnötig. Im Zeichen der Liberalisierung der Wirtschaft nach Mitte des 19. Jahrhunderts hatten sich die Städte auf markt- und gesundheitspolizeiliche Aufsicht beschränkt und überließen die materielle Versorgung der städtischen Bevölkerung ganz der Privatwirtschaft.⁵⁵

⁵¹ Vgl. Goebel, *Cities*, S. 365.

⁵² Zit. nach Walter Mühlhausen, *Die Gemeinde als Urzelle des Staates – Erich Koch-Weser als Kommunalpolitiker*, in: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung*, 18. Jg. (2006), S. 79-100, hier S. 88.

⁵³ Vgl. Eberhard Isenmann, *Die deutsche Stadt im Mittelalter. 1150-1550*, Wien/ Köln/ Weimar 2012, erwähnt ‚Kornmeister‘ und ‚Kornherren‘, die im 15. Jahrhundert für die städtischen Getreidevorräte zuständig waren, S. 392 u. 462; im 15. Jahrhundert wurden in zahlreichen Städten große Kornspeicher errichtet, S. 978-81; Heinz Schilling, *Die Stadt in der Frühen Neuzeit*, München 1993, S. 78-81; Matthias Untermann, *Handbuch der mittelalterlichen Architektur*, Darmstadt 2009, S. 211.

⁵⁴ Vgl. Franz Lerner, *Die Bedeutung des internationalen Ochsenhandels für die Fleischversorgung deutscher Städte im Spätmittelalter und der frühen Neuzeit*, in: Ekkehard Westermann (Hrsg.): *Internationaler Ochsenhandel (1350-1750). Akten des 7th International Economic History Congress, Edinburgh 1978, Stuttgart 1979*, S. 197-217.

⁵⁵ Bei Wolfgang R. Krabbe, *Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert*, Göttingen 1989, taucht ‚Lebensmittelversorgung‘ im Sachregister überhaupt nicht auf; im Kapitel ‚Die Dienstleistungsfunktion der Stadt‘ werden Schlachthäuser nur im Zusammenhang mit gesundheitspolizeilichen Motiven erwähnt, S. 114. Bei Lenger, *Metropolen*, wird Lebensmittelversorgung nur im Zusammenhang mit kriegsbedingten Ernährungskrisen im 20. Jahrhundert behandelt; vgl. auch Chickering, *Freiburg*, S. 156f.

Dieses bis 1914 im Allgemeinen⁵⁶ gut funktionierende marktwirtschaftliche System geriet mit Kriegsausbruch in vollständige Unordnung: Die unkoordinierten Beschaffungen von Getreide, Fleisch und anderen Grundnahrungsmitteln durch Heeresaufkäufer und Aufkäufer der großen Städte führten in der Anfangsphase des Krieges zu plötzlichen Preissteigerungen und lokalen Knappheitssituationen. Versuche, durch behördliche Höchstpreise die Situation zu regeln, blieben ohne Erfolg. Ab Anfang 1915 wurde ein zentralisiertes kriegswirtschaftliches Versorgungs- und Verteilungssystem aufgebaut, in dem die Städte nur noch das letzte Glied in der Kette darstellten. Gesteuert wurde dieses System von kriegswirtschaftlichen Ämtern des Reiches und der Länder, die ländlichen Erzeugungsregionen städtische Versorgungsgebiete zuordneten.⁵⁷ Die Städte hatten innerhalb dieses Systems zunehmend weniger Handlungsspielräume, sie mussten insbesondere vor Ort die bürokratische Erfassung der Berechtigten, die Verwaltung und Ausgabe der Lebensmittelkarten und die Aufbewahrung und Verteilung der Lebensmittel über die verschiedenen privaten Geschäfte und öffentlichen Verteilungsstellen in der Stadt organisieren und koordinieren.⁵⁸ Die untergeordnete Rolle der Städte und der Hochmut bzw. die Ineffizienz zentraler Regierungsstellen wurde von führenden Kommunalpolitikern häufig – zumindest intern – scharf kritisiert.⁵⁹ Den Auftakt zur Bewirtschaftung machte die Rationierung von Brot seit Februar 1915. Ab Sommer 1915 wurden dann sukzessive alle wichtigen Grundnahrungsmittel, bald auch schon wichtige Bedarfsgüter wie Seife und Kleidungsstücke erfasst. Produkte wie Butter ‚verschwanden‘ rasch von der Speisekarte. Ab Oktober 1915 wurden reichsweit Dienstag und Freitag als fleischlose Tage eingeführt; auch in Restaurants, die meist noch besser mit Fleisch versorgt waren, konnte man an diesen Tagen kein Fleisch erhalten.⁶⁰

Die Lebensmittelbewirtschaftung produzierte auf städtischer Ebene eine umfangreiche und hochdifferenzierte Bürokratie: Im Lebensmittelamt der Stadt Darmstadt waren Beamte in 22 verschiedenen Büros mit der Verwaltung des Mangels befasst.⁶¹ In Freiburg dehnte sich das Lebensmittelamt im Laufe

⁵⁶ Brot- und Fleischrevolten, wie Harald Dehne und Thomas Lindenberger dies für Berlin 1895 und 1912 untersuchen, blieben in dieser Phase klare Ausnahmen, vgl. Manfred Gailus/ Heinrich Volkmann (Hrsg.), *Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770-1990*, Opladen 1994.

⁵⁷ Vgl. Chickering, Freiburg, S. 202-207.

⁵⁸ Vgl. zum Bewirtschaftungssystem ebd., S. 158-171; Davis, *Home Fires*.

⁵⁹ Vgl. etwa zahlreiche Aussagen in den Tagebüchern von Erich Koch-Weser: Walter Mühlhausen/ Gerhard Papke (Hrsg.), *Kommunalpolitik im Ersten Weltkrieg. Die Tagebücher Erich Koch-Wesers 1914 bis 1918*, München 1999.

⁶⁰ Vgl. Chickering, Freiburg, S. 166.

⁶¹ Vgl. Plakat 'Städtisches Lebensmittelamt', abgedruckt in Engels, *Residenzstadt*, S. 21.

des Krieges auf 15 Abteilungen aus; es war, wie Chickering unterstreicht, „... die herausragende administrative Neuerung des Krieges.“⁶² 16 städtische Kommissionen versuchten, die Arbeit dieses bürokratischen Monsters zu koordinieren und zu kontrollieren, allerdings je länger der Krieg dauerte mit immer geringerem Erfolg. Dies lag nicht am persönlichen Unvermögen der Kontrolleure oder auch der Beamten des Lebensmittelamtes, sondern primär daran, dass das ganze immer feiner verästelte Zwangswirtschaftssystem letztlich nichts anderes tun konnte, als den Mangel zu verwalten.⁶³

Das Grundproblem der Lebensmittelversorgung von Deutschland im Krieg war, dass aufgrund der Wirkung der britischen Seeblockade und auch des Entzugs von Arbeitskräften und Pferden aus der Landwirtschaft nur etwa drei Viertel der in der Vorkriegszeit verfügbaren Lebensmittel, vorübergehend noch weniger, zur Verfügung standen. Ein Viertel der Bevölkerung wurde etwa auf dem gleichen Stand wie in der Vorkriegszeit versorgt, die rund acht Millionen Soldaten und die zahlenmäßig ähnlich starke landwirtschaftliche Bevölkerung.⁶⁴ Im Hinblick auf die Verteilung des ohnehin zu kleinen Kuchens wurden die Städte daher erst nachrangig versorgt. Eindeutigen Vorzug genoss das Militär, denn eine ausreichende, aber keineswegs üppige Versorgung der Truppe galt als Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Kampfkraft. Die landwirtschaftliche Bevölkerung hatte ebenfalls umfangreiche Möglichkeiten, für sich ernsthaften Mangel zu vermeiden; zudem nutzten nicht wenige Landwirte die Situation, um erhebliche Mengen an Nahrungsmitteln außerhalb des staatlichen Erfassungs- und Verteilungssystems zu halten und auf ihren Höfen an Hamsterer aus der Stadt gegen Geld oder wertvolle Sachgüter der städtischen Haushalte zu verkaufen.⁶⁵

Während des ‚Steckrübenwinters‘ 1916/17, der für die Lebensmittelversorgung eine grundlegende Wende zum Schlechteren mit sich brachte, wurden 30-50% der Lebensmittel insgesamt über den Schwarzen Markt gehandelt. Von daher traf das Nahrungsdefizit im offiziellen Verteilungssystem in erster Linie die städtische Bevölkerung und dort wiederum insbesondere die Gruppen, die nur sehr beschränkte Möglichkeiten hatten, durch Zusatzkäufe auf dem grauen oder schwarzen Markt ihre kargen Rationen aufzustocken. Leidtragende

⁶² Chickering, Freiburg, S. 204.

⁶³ Leonhard unterstreicht den administrativen Wildwuchs in der Lebensmittelversorgung: „Auf kaum einem Gebiet zeigte sich diese Tendenz, immer neue Behörden und Institutionen zu etablieren, deren Befugnisse nicht klar voneinander getrennt waren und die folglich um Einfluss miteinander konkurrierten, so deutlich wie im Bereich der Lebensmittelversorgung.“ Leonhard, Büchse, S. 517.

⁶⁴ Vgl. Roger Chickering, *Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg*, München 2002, S. 55f.

⁶⁵ Vgl. Chickering, Freiburg, S. 171-175, 234-37.

waren also vor allem die ärmeren Schichten mit niedrigen laufenden Einkommen und ohne nennenswertes Spar- oder auch Sachvermögen, das beim Hams-tern hätte eingesetzt werden können. In ihrer Studie zur Lebensmittelversorgung Berlins im Krieg nennt Belinda Davis die Gruppe, die als Opfer im Fokus der öffentlichen Debatte stand, die „Women of lesser means“, die „minderbemittelten Frauen“.⁶⁶

Das System der Zwangswirtschaft hatte eine Reihe von immanenten Problemen. Einmal waren die Rationen, die man auf Lebensmittelkarten erhielt, mit Ausnahme besonders privilegierter Gruppen wie Schwer- und Rüstungsarbeitern ohnehin nicht ausreichend, um den physiologischen Bedarf zu decken. Zudem war die Belieferung mit Nahrungsmitteln aufgrund der Komplexität des überbürokratischen Systems nicht stetig und nicht kalkulierbar, sodass wiederholt gar nicht genug Lebensmittel zur Verfügung standen, um den Ansprüchen aufgrund von Lebensmittelkarten gerecht zu werden.⁶⁷ Große Mengen von Lebensmitteln verdarben durch zu langen Transport, weil sie der Witterung ausgesetzt waren oder weil Mangel an Transportkapazitäten herrschte, bevor sie am Zielort zur Verteilung kommen konnten. Der Staat und die Stadtverwaltungen versuchten, diese Probleme durch immer feinteiligere bürokratische Regulierungen in den Griff zu bekommen. Weil diese Maßnahmen letztlich aber nicht zur einer dauerhaften Verbesserung der Versorgung führten, produzierten sie durch ihren massiv in das Alltagsleben der Bevölkerung eingreifenden Charakter immer größeren Unmut und Ärger und veranlassten immer mehr Bürger, ihr Heil jenseits der offiziellen Versorgung, auf dem Schwarzen Markt, zu suchen. Mit moralischem Druck versuchten die Behörden, dieser Tendenz entgegenzuwirken. So wurde in Freiburg etwa eine Art virtueller Schandpfahl errichtet: die Namen der Personen, die ihre Lebensmittelkarte als verloren gemeldet hatten, wurden öffentlich ausgehängt; auch Prominente wie der ehemalige Rektor der Universität, der Pathologe Ludwig Aschoff, wurden so an den ‚Pranger‘ gestellt, mussten sich einem hochnotpeinlichen Verhör beim Direktor des Lebensmittelamts und einer Geldstrafe unterziehen. Für immerhin 200 Karteninhaber traf dies innerhalb von nur zwei Wochen Anfang 1917 zu.⁶⁸ Der Ärger über diese Situation machte sich immer häufiger in verbalen, teilweise auch gewalttätigen Attacken auf die Amtsträger Luft. Aber auch in den Geschäften und Verkaufsstellen kam es zunehmend zu handgreiflichen

⁶⁶ Vgl. Davis, *Home Fires*, S. 48-75; vgl. auch Thierry Bonzon/ Belinda Davis, *Feeding the cities*, in: Winter/ Robert, S. 305-341, die die deutlich schlechtere, eigentlich katastrophale Lebensmittelversorgung in Berlin, verglichen mit Paris oder London, betonen.

⁶⁷ Zahlreiche Belege dafür in Chickering, Freiburg, v.a. Kap. 6 ‚Zusammenbruch der Ordnung‘, S. 199-228.

⁶⁸ Vgl. Chickering, Freiburg, S. 225.

Zwischenfällen, etwa wenn ein Ladenbesitzer im Freiburger Stadtteil Stühlinger einem sich beschwerenden Kunden Päckchen mit Dr. Oetker-Pulver an den Kopf warf.⁶⁹

Die städtische Kriegsgesellschaft wurde im Zeichen allgegenwärtigen Mangels immer stärker zu einer ‚Ersatz-Gesellschaft‘: Brot wurde durch Kriegs-Brot ersetzt, das mit einem Anteil an Kartoffelmehl von 20% häufig kompakt und klebrig wurde. Zudem wurde das vorhandene Getreide deutlich stärker ausgemahlen, anstatt zu 75%, wie in Friedenszeiten üblich, teilweise bis zu 95%, was den Anteil von schwer verdaulichen Spelzen und Ballaststoffen im Mehl steigerte. Viele Quellen berichten davon, dass das Kriegsbrot oft kaum essbar war.⁷⁰ Kartoffeln waren sehr wichtig für die Kalorienzufuhr, aber im Herbst 1916 fiel die Ernte praktisch aus, Kartoffeln wurden ersetzt durch die ungeliebten Steckrüben, eigentlich ein Viehfutter. Butter verschwand weitgehend wegen der Knappheit von Milch und wurde durch Margarine ersetzt. Kaffee, den sich die meisten Menschen ohnehin auch im Frieden nur am Feiertag leisteten, war als Importprodukt fast überhaupt nicht mehr erhältlich; man trank Zichorie oder einen aus geröstetem Getreide, Nüssen oder Rüben hergestellten *Kriegskaffee*. Die Versorgung mit Marmelade wurde vor allem durch den Mangel an Zucker problematisch, Beeren gab es, insbesondere im fruchtbaren Umland von Freiburg, meist ausreichend, aber sie konnten nicht eingekocht werden. Milch erhielten meist nur noch Mütter mit Kleinkindern; wer sich Ziegen hielt, konnte auf Ziegenmilch ausweichen. Insgesamt war das Nahrungsangebot nicht nur quantitativ unzureichend, sondern auch qualitativ mangelhaft und dies zermürbte die Menschen zunehmend.⁷¹

In Reaktion auf den omnipräsenten Mangel einerseits, die Notwendigkeit, alle Ressourcen für den Krieg zu mobilisieren andererseits, versuchten die Städte, die Bevölkerung zum Sammeln aller möglichen Stoffe und Ressourcen zu motivieren. Dies erhielt nochmals einen großen Schub mit dem sogenannten ‚Hindenburg-Programm‘ Ende 1916 und dem ‚vaterländischen Hilfsdienstgesetz‘, das eine umfassende Mobilisierung von Arbeitskräften und aller irgendwie noch einsetzbaren Ressourcen für den Krieg vorsah.⁷² Der Weltkrieg wurde zur großen Periode der Wiederverwertung, angefangen von Küchenabfällen für kommunale Schweinemastbetriebe, über Kirchenglocken und Kupferdächer für die Granatenproduktion bis hin zu Frauenhaaren als Ersatz für Kamelhaar zur Herstellung von Treibriemen und Filzdichtungen.

⁶⁹ Vgl. ebd., S. 225f.

⁷⁰ Vgl. ebd., S. 250-53.

⁷¹ Vgl. ebd., S. 254-261; Davis, Home fires, S. 204-209.

⁷² Vgl. zum Vaterländischen Hilfsdienstgesetz Leonhard, Büchse, S. 513-518.

Omnipräsente Erfahrung und zugleich Hauptbeschäftigung der Menschen an der Heimatfront wurde das Schlangestehen. Weil man nie wusste, ob es Ware geben würde bzw. ob diese ausreichen würde, stellte man sich sehr früh und überall an. Wie die Anwesenheit der Polizei in vielen Bildern von Schlangen belegt, war es häufig notwendig, dass die Ordnungsmacht Präsenz zeigte, um Ausschreitungen oder Übergriffe zu verhindern. In Wien wurden 1917 an einem einzigen Tag 1.100 Schlangen vor Geschäften mit 350.000 wartenden Menschen gezählt, fast ein Fünftel der Wiener Bevölkerung war also mit Schlangestehen beschäftigt, konnte demnach nicht für die eigentliche Kriegsproduktion tätig sein. 50.000, ein Siebtel der Wartenden, mussten ohne Ware wieder abziehen.⁷³ Diese Schlangen, auch ‚Kriegspolonaisen‘ genannt, wurden zwangsläufig zu Hauptorten der Kommunikation, des Austauschs über die Frustrationen des Kriegsalltags und der Mangelversorgung und zu Symbolen für das strukturelle Versagen der Zwangswirtschaft. Hier waren insbesondere auch Frauen – primär zuständig für die Versorgung ihrer Angehörigen – diejenigen, die sich gegen Kriegsende immer häufiger verständigten, zur Tat zu schreiten. Marktstände wurden geplündert, Dienststellen der städtischen Lebensmittelverwaltung von aufgebracht Frauen mit Protesten gestürmt.⁷⁴ Für die etwas rauere nordbadische Industriestadt Mannheim konstatiert Ulrich Nieß eine eindeutige Tendenz zu höherer Gewaltbereitschaft, die im Laufe der späteren Kriegszeit wuchs und sich in gewaltförmigen Unruhen 1919 und in den Folgejahren manifestierte.⁷⁵

Immer größere Teile der Bevölkerung waren gar nicht mehr in der Lage, für ihre Familien Mahlzeiten zuzubereiten, wozu auch der Mangel an Kohle, Holz und Gas beitrug. In dieser Situation richteten Städte und karitative Organisationen Volks- und Kriegsküchen ein, wo die Bedürftigen für wenig Geld einen Eintopf oder einfache Mahlzeiten bekommen konnten. Vor allem im besonders schlimmen ‚Steckrübenwinter‘ 1916/17 versorgten solche Volksküchen bis zu 20, teilweise 30% der Bevölkerung.⁷⁶ Ab Winter 1916/17 wandte sich – wie die politische Polizei den Obrigkeiten besorgt mitteilte – die städtische Bevölkerung zu erheblichen Teilen vom Kriegsgeschehen ab; viele waren nur noch interessiert daran, das tägliche Überleben zu sichern.⁷⁷

⁷³ Vgl. Mergel, Stressgesellschaften, S. 201.

⁷⁴ Vgl. zu Aktionen von Frauen Goebel, Cities, S. 366f; Davis, Home Fires, S. 210-214; Daniel, Frauen, S. 128-130.

⁷⁵ Vgl. Ulrich Nieß, „...daß der Krieg die Menschen so roh machte.“ Der Erste Weltkrieg und seine Folgen in der Region Mannheim, in: Ernst-Otto Bräunche/ Stephan Sander-Faes (Hrsg.), Städte im Krieg – Erlebnis, Inszenierung und Erinnerung des Ersten Weltkriegs, Ostfildern 2016, S. 109-131, v.a. 109-110 u. 129-131.

⁷⁶ Vgl. Mergel, Stressgesellschaften, S. 201.

⁷⁷ Goebel, Cities, S. 366, verweist auf Davis, Home fires, S. 193.

Die Rationen auf Lebensmittelkarten reichten – vor allem in der zweiten Kriegshälfte – nicht für das physiologische Minimum aus; sie deckten nur etwa 50-60% des Kalorienbedarfs. Die Folgen waren Verlust an Körpergewicht, Haarausfall und das Sprödewerden von Nägeln, Austrocknen der Haut, insgesamt eine Verschlechterung des Gesundheitszustands, die sich besonders deutlich bei Kindern bemerkbar machte. Zwar stand wohl nie auf einem Totenschein ‚Tod durch Verhungern‘, aber die chronische Unter- und Fehlernährung untergrub die physische Widerstandsfähigkeit vor allem der Kinder und der Alten, sodass die Mortalität in der zweiten Kriegshälfte deutlich anstieg. Deutschland erlebte damals die schwerste Ernährungskrise seit fast einem Jahrhundert.⁷⁸ Nach Leonhard starben bis zu 700.000 Menschen in Deutschland an den direkten oder indirekten Folgen des Nahrungsmangels.⁷⁹ Wiener Ärzte schrieben sieben bis elf Prozent der Todesfälle während des Krieges hauptsächlich und 20-30% teilweise der Mangelernährung zu.⁸⁰ Die Todesfälle durch Krankheiten stiegen in Freiburg während des Krieges – bei gleichzeitig rückläufiger Bevölkerung – um fast ein Drittel, von rund 1.100 in den Jahren 1914 bis 1916, auf 1.268 im Jahr 1917 und 1.489 im letzten Kriegsjahr. Dabei ist vor allem der deutliche Anstieg von Krankheiten der Atemwege auffällig.⁸¹ Die Mangelernährung führte bei Tuberkuloseerkrankungen offensichtlich zu einem rascheren Verlauf und verschärfte viele eigentlich harmlose Erkältungen zu Lungenentzündungen mit tödlichem Ausgang. 1918 kam die verheerende Wirkung der sogenannten ‚Spanischen Grippe‘ hinzu.⁸² In Mannheim starben mehr als 10.000 Einwohner infolge von Unterernährung, Seuchen und Epidemien eines vorzeitigen Todes.⁸³

Eine Mannheimerin schreibt im März 1917 über die Ernährungslage an ihren Sohn an der Front:

„Mir geht’s wie dem alten Schlosser Langelot, der sagt, er könne vor lauter Elend seinen großen Zuschlaghammer nicht mehr heben, so geht’s allen, doch wir wollen ja gerne durchhalten, wenn’s nur bald Friede wäre. Es sterben soviel Menschen, besonders alte Leute, wie noch nie. Letzte Woche waren in der Leichenhalle 55 alte Leute, die nicht mal untergebracht werden konnten. Das ist

⁷⁸ Vgl. Chickering, Freiburg, S. 208.

⁷⁹ Vgl. Leonhard, Büchse, S. 518.

⁸⁰ Vgl. Goebel, Cities, S. 365.

⁸¹ Vgl. Chickering, Freiburg, S. 304. In Mannheim stieg die Sterblichkeit im Kriegsjahr 1917 um 24% gegenüber 1916, vgl. Martin Krauß, 1914-1918. Im ersten Weltkrieg, in: Ulrich Nieß/ Michael Caroli (Hrsg.): Geschichte der Stadt Mannheim, Bd. III, 1914-2007, Heidelberg u.a. 2009, S. 1-49, hier S. 41.

⁸² Vgl. zur ‚Spanischen Grippe‘ Manfred Vasold, Die Spanische Grippe. Die Seuche und der Erste Weltkrieg, Darmstadt 2009.

⁸³ Vgl. Nieß, „...daß der Krieg“, S. 129.

alles die Unterernährung, da ist man froh, wenn man noch ein bißchen dabeiben darf.“⁸⁴

Eine Reaktion auf den allgegenwärtigen Mangel war das Hamstern und der Schwarzmarkt. Hier wurden soziale Unterschiede eklatant deutlich: Das System der Lebensmittelbewirtschaftung war vom Prinzip ausgegangen, dass alle sich einschränken sollten, ungeachtet ihres sozialen Status, Einkommens und Vermögens.⁸⁵ Das Hamstern und der Schwarzmarkt, wo Familien mit Sparvermögen oder Wertgegenständen erheblich kaufkräftiger und handlungsfähiger waren, dementierten das postulierte Gleichheits-Prinzip. Der 1914 vom Kaiser beschworene Burgfrieden als konstitutive Bedingung der Kriegsgesellschaft wurde damit an einer zentralen Stelle untergraben!⁸⁶ Der Schwarzmarkt zeigte, so Chickering, „die tatsächliche Ungleichheit der Berechtigung und gab somit die moralische Grundlage der Bewirtschaftung der Lächerlichkeit preis.“⁸⁷ Für den Staat erwies es sich als faktisch unmöglich, die Ablieferungsfähigkeit der Bauernhöfe genau zu erfassen und zu kontrollieren; Bauern fanden leicht Mittel und Wege, einen Teil ihrer Produkte um das staatliche Erfassungs- und Ablieferungssystem herumzuschleusen. So ging etwa die Beschickung des Wochenmarkts durch die regionalen Bauern in Freiburg und Darmstadt während des Krieges dramatisch zurück.⁸⁸ Viele Bauern zogen es vor, ihre Produkte, wenn die amtlich festgelegten Ablieferungspreise unattraktiv schienen, selbst auf dem Hof zu verkaufen oder zu verwerten, etwa indem Milch nicht abgeliefert, sondern an Schweine und Kälber verfüttert wurde. Weil die offiziellen Preise immer erheblich hinter den auf dem Schwarzmarkt gezahlten zurückblieben, war der materielle Anreiz für Bauern, ihre Produkte selbst und abseits des kontrollierten städtischen Marktes zu vermarkten, sehr hoch.

Der Krieg führte so im Verhältnis von Stadt und Land zu einer signifikanten Umwertung: Mussten Bauern vor 1914 häufig Spott und Arroganz seitens der Städter erdulden, so saßen nunmehr sie am längeren Hebel und konnten die zu

⁸⁴ Zitiert Krauß, 1914-1918, S. 17.

⁸⁵ Vgl. Chickering, Freiburg, S. 232: „Das System der Zwangswirtschaft beruhte (oder sollte das) auf einer moralischen Absprache zwischen dem Staat und seinen Bürgern, auf einer Verbindung von Zwang, Vertrauen und Übereinstimmung. Das Versagen der Bewirtschaftung durchbrach diese Übereinkunft, die zunächst das Vertrauen und die Zusammenarbeit von Produzent und Konsumenten erworben hatte. Gehorsam verwandelte sich zuerst in Klage, dann in Ungehorsam. Dann entstand ein Teufelskreis. Da Erzeuger und Verbraucher zunehmend das Gesetz umgingen, untergruben sie das Reglementierungssystem und alle Schranken, die es gegen die Inflation errichtete.“

⁸⁶ Vgl. auch die Überlegungen von Jürgen Kocka in ‚Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918, Göttingen² 1978.

⁸⁷ Chickering, Freiburg, S. 237.

⁸⁸ Vgl. ebd., S. 155-158.

Tausenden die Dörfer im Umfeld der Städte durchstreifenden hungrigen Städter betteln lassen, bis sie sich erweichen ließen, doch ein paar Eier oder etwas Butter zu verkaufen. Der Krieg trug so zu einer tiefsitzenden, wachsenden und auch die Inflationsjahre noch prägenden Verbitterung zwischen Stadt und Land bei.⁸⁹ Versuche seitens der Obrigkeit, Hamsterkäufe durch Kontrollen zu unterbinden, blieben letztlich ohne durchschlagenden Erfolg. Spektakuläre Fälle wie der einer angeblich Schwangeren, die nach einer Kontrolle auf dem Freiburger Bahnhof plötzlich zwei große Stück Quarkkäse und drei Pfund Butter ‚gebar‘, änderten daran letztlich nichts.⁹⁰

5. Schluss: Überlegungen zu den Folgen des Krieges für die Städte

In seinem Rückblick auf die Kriegszeit in Freiburg betont der Leiter des Statistischen Amtes Josef Ehrler: „Es muss mit Bewunderung und Stolz anerkannt werden, dass zum Segen des Ganzen sich der deutschen Städte urwüchsige Kraft auch in schwerster Not und Bedrängnis bewährt hat.“⁹¹

Dieses hohe (Selbst-)Lob der deutschen Stadtverwaltungen im Krieg muss, folgt man Chickering, relativiert werden. Zwar gelang es den deutschen Städten, vergleicht man etwa mit der Situation im Zarenreich⁹², lange Zeit bemerkenswert gut, die Heimatfront zu halten. Trotz Streiks der Rüstungsarbeiter, trotz einer wachsenden Zahl von Unruhen und Protesten auf Märkten und vor Verkaufsstellen wegen der unzureichenden Lebensmittelversorgung kam es zunächst nicht zu einem gesellschaftlichen Kollaps, wie er sich in Russland im Februar 1917 vollzog. Erst als die OHL ohne vorherige Kommunikation im September 1918 die Reichsleitung zu Friedensverhandlungen drängte und die Ausweglosigkeit der militärischen Lage einräumte, brach der Durchhaltewille der Heimatfront zusammen. Obwohl die große Mehrheit der Oberbürgermeister und höheren städtischen Beamten ursprünglich national und kaisertreu eingestellt gewesen waren, rührte sich letztlich im November 1918 keine Hand auf städtischer Ebene zur Verteidigung des alten Regimes. Die Städte und ihre Verwaltungen stellten sich vielmehr flexibel den neuen Machthabern, den Arbeiter- und Soldatenräten, zur Verfügung. Es gelang ihnen an den meisten Orten, die Führung der Räte – meist Mehrheits-Sozialdemokraten und Gewerkschafter – davon zu überzeugen, zur Vermeidung eines Kollapses der öffentlichen Ord-

⁸⁹ Vgl. am Beispiel Bayerns Martin Geyer, *Verkehrte Welt. Revolution, Inflation und Moderne. München 1914-1924*, Göttingen 1998, v.a. Kap. V ‚Die Desorganisation des Marktes. Konsumenten und Wucherfrage‘, S. 167-204.

⁹⁰ Vgl. Chickering, Freiburg, S. 236f.

⁹¹ Josef Ehrler, *Freiburg im Völkerring*, S. 1, zit. nach Chickering, Freiburg, S. 201.

⁹² Vgl. Leonhard, Büchse, S. 661-668.

nung die städtische Verwaltung unter Oberaufsicht der Räte weiter agieren zu lassen.⁹³ Dadurch wurden die Städte und ihre Verwaltungen eine Kraft, die in den Jahren der Unruhe nach dem Waffenstillstand ein gewisses Maß an Stabilität und Kontinuität garantierte und die Demobilmachung bemerkenswert konfliktarm bewältigte.⁹⁴

Dennoch – und ungeachtet des gewaltigen Arbeitseinsatzes vieler Kommunalbediensteter – kann die Tätigkeit der Stadtverwaltungen im Krieg nicht als uneingeschränkter Erfolg verstanden werden. Jürgen Reulecke hebt – in Spannung zu der auch von ihm anerkannten administrativen Leistungen – neue, mit dem Krieg entstandene Belastungsfaktoren hervor, die er einmal in „neue[n] Polaritäten des Städtesystems“ und verschärfter Konkurrenz zwischen den Städten, zum anderen in einer Überlastung der Städte mit einer Fülle neuer Aufgaben sieht, die den Städten in Folge des Krieges zuwuchsen.⁹⁵ Thomas Mergel bezeichnet die europäischen Städte im Ersten Weltkrieg als „Stressgesellschaften“.⁹⁶ Die Mannheimer Stadtgesellschaft bei Kriegsende erscheint Ulrich Nieß „wie eine Ansammlung von Verlierern.“⁹⁷

Wie gezeigt wurde, hatte die umfassende Reglementierung des städtischen Alltagslebens im Zeichen der Zwangswirtschaft weder das anfangs postulierte Ideal einer sozialen Gleichheit im Opfer umsetzen können, noch die wesentlichen materiellen Bedürfnisse der Bevölkerung wirklich befriedigen können. Die Städte waren strukturell von der Aufgabe, die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern zu sichern, überfordert, nicht aus administrativer Inkompetenz, sondern weil sie weder die nötigen materiellen Ressourcen noch die erforderlichen Handlungsspielräume und politisch-polizeilichen Kompetenzen dazu hatten. Dennoch versuchten sie mit exzessiver Bürokratisierung ihre Regelungskompetenz aufrechtzuerhalten. Von daher kam es zu einer Delegitimierung nicht nur des kaiserlichen Staates, der ja mit der Abdankung des Kaisers formal abgelöst wurde, sondern längerfristig auch der Städte, die materiell, aber auch institutionell geschwächt in die neue Republik gingen.⁹⁸ Sie

⁹³ Vgl. etwa zur Situation in Kassel Mühlhausen, Gemeinde, S. 93.

⁹⁴ Vgl. Krabbe, Stadt, S. 143; am Beispiel einer südbadischen Grenzstadt Dieter Schott, Die Konstanzer Gesellschaft 1918–1924, Konstanz 1989, insbes. S. 70–142.

⁹⁵ Reulecke, Urbanisierung, S. 150–152.

⁹⁶ Mergel, Stressgesellschaften.

⁹⁷ Nieß, „...daß der Krieg“, S. 128.

⁹⁸ Diese langfristige Delegitimierung zeigte sich dann in den massiven Angriffen der Rechtsparteien und der Nationalsozialisten auf die Großstadtverwaltungen in der Endphase der Weimarer Republik, wo zahlreiche Verwaltungen wegen Überschuldung unter Zwangsverwaltung von Staatskommissaren gestellt wurden und die kommunalwirtschaftlichen Aktivitäten grundsätzlich in Frage gestellt wurden, vgl. Reulecke, Urbanisierung, S. 152f; Krabbe, Stadt, S. 143–145, der die kommunale Leistungsverwaltung in der Weimarer

mussten dort einerseits weitere Aufgaben übernehmen: neben die Lebensmittelbewirtschaftung, die erst allmählich in den Inflationsjahren abgebaut wurde, traten die Wohnraumbewirtschaftung und die Erwerbslosenfürsorge als neue große Erblasten des Krieges.⁹⁹ So musste angesichts der massiven kriegsbedingten Probleme auf dem zunächst noch ganz unregulierten Wohnungsmarkt eine kommunale Wohnungsbürokratie mit Mieteinigungsamt und kommunaler Zwangsbewirtschaftung des Wohnungsbestands aufgebaut werden, die in den 1920er Jahren auch eine aktive städtische Wohnungspolitik produzierte.¹⁰⁰ Andererseits war die Finanzwirtschaft der Städte durch die exzessive Aufblähung der Ausgaben im Krieg bei gleichzeitigem Wegbrechen ihrer Einnahmen zerrüttet und das frühere Recht der Städte, durch Zuschläge zur Einkommenssteuer eine teil-autonome Finanzpolitik zu betreiben, wurde durch die Erzbergersche Reichsfinanzreform 1920 auf Dauer beseitigt.¹⁰¹ Reulecke sieht die deutschen Städte nach dem Krieg, auch im Hinblick auf den „Reichszentralismus“ und die Betrauung mit einer Reihe von neuen Aufgaben seitens des Reiches, unter einem „Mehrfrontendruck“, der letztlich – gegen Ende der Weimarer Republik, als die kreditfinanzierte Scheinblüte der Periode 1925–1930 kollabierte – erheblich zur „Krise der Selbstverwaltung“ beitrug.¹⁰²

Die Maschinerie der städtischen Leistungsverwaltung, die sich in den Jahrzehnten vor 1914 so eindrucksvoll und letztlich erfolgreich formiert hatte, war im Weltkrieg einer doppelten Belastungsprobe ausgesetzt worden: Einmal hatten die Verwaltungen einen erheblichen Anteil ihres qualifizierten Personals an die Front abgeben müssen. Gleichzeitig sahen sie sich aber gezwungen, durch das System der Zwangswirtschaft ihre Zuständigkeit auf fast alle Aspekte des Alltagslebens in der Stadt auszuweiten. Die Stadt wurde in einer vorher nie gekannten Weise ‚allzuständig‘, allerdings ohne tatsächlich über die Ressourcen zur Erfüllung dieser Aufgaben zu verfügen und auch ohne diese wirk-

Zeit in einer „permanenten Legitimationskrise“ sieht.

⁹⁹ Vgl. Karl Christian Führer, Mieter, Hausbesitzer, Staat und Wohnungsmarkt: Wohnungsmangel und Wohnungszwangswirtschaft in Deutschland 1914 – 1960, Stuttgart 1995; Peter Lewek, Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung in der Weimarer Republik: 1918 – 1927, Stuttgart 1992.

¹⁰⁰ Vgl. Günter Schulz, Wohnungspolitik in Deutschland und England 1900–1939, in: Clemens Zimmermann (Hrsg), Europäische Wohnungspolitik in vergleichender Perspektive 1900–1939, Stuttgart 1997, S. 153–165.

¹⁰¹ Zur kommunalen Finanzpolitik in der Weimarer Republik vgl. Jürgen Reulecke, Zur städtischen Finanzlage in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, in: Archiv für Kommunalwissenschaften, 21. Jg., 1982, S. 199–219; Krabbe, Stadt, S. 169–172.

¹⁰² Vgl. Reulecke, Urbanisierung, S. 151–153; vgl. als zeitgenössische Bestandsaufnahme des kommunalen Aufgabenspektrums aus städtischer Perspektive Paul Mitzlaff/Erwin Stein (Hrsg.), Die Zukunftsaufgaben der deutschen Städte, Berlin² 1925.

lich in der bewährten Art der Selbstverwaltung umsetzen zu können.¹⁰³ Und weil die realen Leistungen, die die Stadt als Verwalterin des Mangels im Bereich der Zwangswirtschaft erbringen konnte, mit dem Verlauf des Krieges immer unzureichender wurden, wurde die Legitimation der Leistungsverwaltung durch Leistung immer fragwürdiger.

¹⁰³ Mühlhausen betont die Kritik Koch-Wesers an den beschränkten Handlungsspielräumen der Kommunen und der Unfähigkeit der Reichsbehörden, die er mit vielen anderen Oberbürgermeistern geteilt habe, vgl. Mühlhausen, Gemeinde, S. 87.